Konzeptuelle Überlegungen

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Jahrbuch für Solothurnische Geschichte**

Band (Jahr): **83 (2010)**

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

gen wird. Das Kapitel endet mit Ausführungen über die Reaktion der Gemeindebehörden und der Bauherrschaft auf die aufkommende Opposition.

In einem Epilog wird schliesslich die weitere Entwicklung des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen jenseits des Untersuchungszeitraums skizziert, wobei auch dort die Reaktion der Gemeinde Berücksichtigung findet. In den anschliessenden Schlussbetrachtungen werden die Erkenntnisse aus den einzelnen Kapiteln zu einem Gesamtbild zusammengefügt und abschliessend beurteilt.

Die vorliegende Arbeit versucht die Ereignisse rund um die Realisierung des AKW-Projekts in Gösgen miteinander zu verknüpfen und dabei die unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen Akteure zu berücksichtigen. Sie ist geprägt vom Fokus auf die Behörden der Gemeinde Däniken, deren Arbeit zwischen den Forderungen der Bauherrschaft und den Vorwürfen der regionalen Opposition ein zentraler Drehpunkt der regionalen Ereignisse war. Gleichzeitig wird aber auch die Gegnerschaft mit ihren Beweggründen ausgeleuchtet. Die Betrachtung dieser zwei Akteursgruppen soll die Ereignisse der damaligen Zeit nachvollziehbarer machen und zum Verständnis der Handlungen derjenigen Menschen, die sich damals für oder gegen das Kernkraftwerk Gösgen engagiert haben, beitragen.

1. Konzeptuelle Überlegungen

1.1. Erkenntnisinteressen und Eingrenzung

Von der eingangs skizzierten Situation ausgehend, stellt sich die Frage, wie sich in der Standortregion des Kernkraftwerks Gösgen die Haltung zum Projekt entwickelte und ob das AKW in der Region wirklich von Anfang an willkommen geheissen wurde. Die erste forschungsleitende Frage, die für die vorliegende Arbeit gewählt wurde, lautet: Wie wurde das Projekt für ein AKW in Gösgen in der Region aufgenommen? Dabei richtet sich das Interesse vor allem auf die regionale Bevölkerung und ihre Reaktionen auf das geplante AKW, wobei geklärt werden soll, inwiefern es Widerstand aus der regionalen Bevölkerung gab. Auf die Haltungen der verschiedenen Einwohnergemeinden der Region kann nur am Rande eingegangen werden. Die Ausnahme soll dabei die Gemeinde Däniken bilden, auf deren Boden das Kernkraftwerk Gösgen zu grössten Teilen liegt. Die Däniker Behörden hatten sich ausgiebig mit dem Projekt zu befassen

und spielten dementsprechend bei der Realisierung des Projekts eine wichtige Rolle. Daraus ergibt sich die zweite forschungsleitende Frage: Welche Haltung nahmen die Däniker Behörden ein und wie hat sich diese auf die Realisierung des Projekts ausgewirkt? Seitens der Einwohnergemeinde Däniken waren sowohl die Baukommission als auch der Däniker Gemeinderat in die Verhandlungen mit der Bauherrschaft involviert. Für die vorliegende Untersuchung wurde vor allem auf die Arbeit des Gemeinderats fokussiert. Dieser befasste sich stärker mit den strategischen Fragen des Projekts, während sich die Baukommission vor allem um die baupolizeilichen Aspekte kümmerte. Der Gemeinderat wurde im Herbst 1969 ein erstes Mal über die Baupläne der ATEL informiert und beschäftigte sich in den darauf folgenden zehn Jahren in regelmässigen Abständen mit dem AKW-Projekt. Die Verhandlungen der Baukommission wurden in der vorliegenden Untersuchung nur ausschnittweise berücksichtigt, insbesondere im Zusammenhang mit der Erteilung der Baubewilligung, für welche die Baukommission in erster Instanz zuständig war.

Zeitlich beschränkt sich die Untersuchung auf den Zeitraum zwischen 1969 und 1975. Dies lässt sich einerseits mit dem Verlauf des Projekts erklären. Im Herbst 1969 informierte die ATEL zum ersten Mal eine breitere Öffentlichkeit über ihre Baupläne und begann mit der Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Jahr 1975 wurde dann der Rohbau des Kernkraftwerks Gösgen fertiggestellt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bauherrschaft bereits einen dreistelligen Millionenbetrag in das Projekt investiert, so dass ein Rückzug des Projekts unwahrscheinlich erscheinen musste und zu erwarten war, dass die AKW-Kritiker in der Region ihren Widerstand gegen das Werk aufgaben. Die Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes auf die Jahre von 1969 bis 1975 lässt sich aber auch mit Patrick Kuppers Einteilung der Anti-AKW-Bewegung in zwei verschiedene Hauptphasen begründen.[2] Gemäss Kupper bildeten sich in einer ersten Phase von 1969 bis 1975 die Konturen des Atomenergiekonflikts erst aus. Diese Zeitspanne könne wiederum in eine frühe Phase, in der die Atomkraftwerke noch nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurden, und eine spätere Phase ab 1973, in der sich fundamentaler Widerstand gegen Atomkraftwerke formierte, unterteilt werden. Den Beginn der zweiten Hauptphase setzt Kupper im Jahr 1975 an. Damals hatten sich gemäss Kuppers Darstellung klare Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern gebildet, die sich von da an nicht mehr grundlegend

[2] Kupper, Patrick: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003, 152.

veränderten. Zu diesem Zeitpunkt seien denn auch sämtliche Argumente in den Diskurs eingeführt worden. Nach dieser Einteilung fällt der gewählte Untersuchungszeitraum für die vorliegende Arbeit also in eine Zeit, als sich der Konflikt um die Atomenergie erst ausbildete und die verschiedenen Lager erst am Entstehen waren. Für die Bearbeitung der gewählten Fragestellungen, die sich um die Meinungsbildung und die Reaktion auf das Projekt drehen, scheint dieser Zeitraum vielversprechend zu sein. In die Untersuchung der Arbeit des Däniker Gemeinderats wurden zusätzlich auch die Jahre 1965 bis 1969 mit einbezogen, um eine Vorstellung vom Kontext, in dem sich die Verhandlungen über das geplante AKW abspielten, zu gewinnen.

Räumlich beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf das solothurnische Niederamt, zu dem die Gemeinden des Aaretals zwischen den Städten Olten und Aarau gezählt werden. Der Fokus liegt dabei auf der Gemeinde Däniken, die als Standortgemeinde in besonderem Mass mit den Folgen des AKW-Projekts konfrontiert war.

1.2. Forschungsstand

Bei der vorliegenden Arbeit konnte nur bedingt auf frühere Untersuchungen zurückgegriffen werden. Zum AKW-Projekt in Gösgen konnten keine nennenswerten wissenschaftlichen Publikationen ausfindig gemacht werden, abgesehen von einer eigenen Arbeit des Autors aus dem Jahr 2008, in der unter Berücksichtigung der politischen Vorgeschichte ein Überblick über die Projektgeschichte des Werks gegeben wird. Diese Untersuchung wurde im Frühling 2008 als Seminararbeit an der Universität Bern eingereicht und bildet die Basis für das zweite Kapitel der vorliegenden Arbeit. Die einzige Darstellung, die sich daneben auch noch ausschliesslich mit dem Kernkraftwerk Gösgen befasst, wurde im Rahmen einer Mittelschullehrer-Weiterbildung verfasst. Sie untersucht die regionale Widerstandsorganisation «Aktion Pro Niederamt», die sich zwischen den Jahresenden 1972 und 1973 gegen das geplante AKW einsetzte. Harry Zuberbühler, der Autor der fünfundzwanzigseitigen Arbeit, hatte Zugang zu Quellen über die Aktion Pro Niederamt, die für die vorliegende Untersuchung nicht genutzt werden konnten. Darüber hinaus konnte er noch mit dem inzwischen verstorbenen Alt-Gemeindeammann Ernst Hagmann und dem ebenfalls verstorbenen Gemeindeschreiber Richard Suter Interviews führen. Insbesondere Hagmann hatte die damaligen Geschehnisse seitens der Gemeinde Däniken stark mitgeprägt. Von daher bietet Zuberbühlers Arbeit auf

der einen Seite gewisse Chancen. Auf der anderen Seite zeugt die Darstellung von einem eher fahrlässigen Umgang mit dem Quellenmaterial. So hat der Vergleich des Texts mit den vom Autor benutzten Quellen ergeben, dass insbesondere aus Materialien der AKW-Gegnerschaft unreflektiert abgeschrieben wurde, teilweise sogar ohne entsprechende Markierung in der Arbeit selbst. Alles in allem nimmt Zuberbühler dadurch eine Position ein, die sehr stark von der Sichtweise der AKW-Gegnerschaft geprägt ist. Für die vorliegende Untersuchung wurde Zuberbühlers Darstellung aus diesem Grund nicht berücksichtigt. Sie fand lediglich bei der Bildung von Arbeitsthesen während der eigenen Untersuchungen Verwendung. Daneben wird in verschiedenen Darstellungen der Anti-AKW-Bewegung auch auf einzelne Aspekte des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen eingegangen, jedoch jeweils nur im Hinblick auf die Ereignisse in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, als das Projekt ins Visier der Schweizerischen Anti-AKW-Bewegung geriet. So bezieht sich beispielsweise der Soziologe Hanspeter Kriesi in seiner aus dem Jahr 1982 stammenden soziologischen Untersuchung «AKW-Gegner in der Schweiz» an verschiedenen Stellen auf Ereignisse, die in Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösgen stehen. Kriesi befasst sich in seiner Darstellung in erster Linie mit dem Widerstand gegen das AKW-Projekt in Graben, wobei er einleitend auch eine Übersicht über die Anti-AKW-Bewegung bietet. Diese diente vor allem als Quelle für die ereignisgeschichtliche Darstellung im vierten Kapitel, wo in einem kurzen Epilog die Weiterentwicklung des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen skizziert wird. Als weitere Autorin beschäftigte sich Susan Boos mit «Gösgen» und widmet dem Projekt ein eigenes Kapitel. Die Journalistin einer politisch linksorientierten Schweizer Wochenzeitung liefert in ihrem Buch «Strahlende Schweiz» eine AKW-kritische Auseinandersetzung mit verschiedensten Aspekten der Atomenergienutzung in der Schweiz. Boos stützt sich dabei stark auf die Darstellungen der AKW-Gegner und übernimmt damit auch deren Positionen. So werden im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen beispielsweise Schilderungen aus der «Chronologie Kernkraftwerk Gösgen-Däniken», einer zeitgenössischen Aufarbeitung des frühen Widerstands durch eine regionale Widerstandsorganisation, ohne quellenkritische Würdigung wiedergegeben.[3] Das Buch ist denn auch nicht als wis-

[3] Vgl. Boos, Susan: Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft. Zürich 1999, 91 ff.; von Boos verwendeten Quelle: SOZARCH, Ar 201.130.3, Chronologie Kernkraftwerk Gösgen-Däniken, August 1977.

senschaftliche Darstellung zu werten, sondern vielmehr selbst ein Produkt der politischen Auseinandersetzungen um die Atomenergie. Darum wird in der vorliegenden Arbeit lediglich an einigen Stellen auf die Darstellung von Boos hingewiesen.

Der Atomenergienutzung als gesellschaftlichem Konfliktfeld hat sich Nicole Graf in einem Aufsatz gewidmet, wobei sie in erster Linie auf die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985 eingeht. Dabei steht der Umgang der Bevölkerung mit wahrgenommenen Risiken, der anhand des Beispiels der Atomkraftwerke verdeutlicht wird, im Zentrum. Eine weitaus umfassendere Darstellung der Geschichte der zivilen Atomenergienutzung in der Schweiz zwischen 1960 und 1990 findet sich in der Dissertation von Patrick Kupper aus dem Jahr 2003. Anhand des Atomkraftwerkprojekts in Kaiseraugst zeichnet Kupper zuerst die staats- und unternehmenspolitischen Kontroversen der 1960er-Jahre nach. Anschliessend zeigt er auf, wie sich im Kontext der aufkommenden Umweltschutzbewegung aus dem Widerstand gegen das Projekt in Kaiseraugst die schweizerische Anti-AKW-Bewegung entwickelte. Die Dissertation ist zurzeit die umfassendste geschichtliche Auseinandersetzung mit der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz und das in der vorliegenden Arbeit enthaltene Teilkapitel über den aufkeimenden Widerstand gegen Atomkraftwerke stützt sich im Wesentlichen auf die Untersuchungen Kuppers. Kupper hatte sich bereits in seiner Lizentiatsarbeit aus dem Jahr 1997 mit dem Verhältnis der Umweltverbände zur AKW-Frage auseinandergesetzt. In seinem ebenfalls verwendeten Aufsatz von 1998 versucht er dann den Widerstand gegen die Atomkraftwerke im Kontext des gesellschaftlichen Wandels in den 1960er- und 1970er-Jahren zu verstehen. Bei den zwei zitierten Aufsätzen von Kupper aus dem Jahr 2003 handelt es sich um zusammenfassende Darstellungen der in seiner Dissertation publizierten Erkenntnisse.

Neben Kuppers Darstellung wurde im Rahmen des ETH-Forschungsprojekts «Nuclear Energy and Society» im Jahr 2003 noch eine zweite Dissertation veröffentlicht, die sich der Geschichte der Atomenergienutzung in der Schweiz widmet. Tobias Wildi schreibt über den «Traum vom eigenen Reaktor» und liefert damit eine detaillierte Darstellung der Bestrebungen zur Entwicklung einer schweizerischen Reaktorlinie in den 1950er- und 1960er-Jahren. Insbesondere wird dabei auch auf die Reaktor AG als Trägerin der staatlich geförderten Entwicklungsarbeiten und das Scheitern des Versuchsatomkraftwerks in Lucens eingegangen. Auf die Darstellungen Wildis wurde vor allem im Kapitel über die Geschichte der

Atomenergienutzung in der Schweiz zurückgegriffen. Auch sein Aufsatz von 2005, der im Wesentlichen eine ergänzte Zusammenfassung von Teilen der Dissertation ist, fand hierbei Berücksichtigung. Auf Grund fehlender Quellenangaben nur am Rande verwendet wurde der Aufsatz von Peter Hug aus dem Jahr 1998, der auf den Erkenntnissen seiner Lizentiatsarbeit von 1989 basiert.

1.3. Methodisches Vorgehen

1.3.1. Interviews[4]

Zum Einstieg in die Untersuchungen des gesellschaftlichen Umgangs mit dem geplanten Atomkraftwerk in Gösgen wurden mehrere Interviews mit Zeitzeugen geführt, einerseits mit zwei ehemaligen Gemeinderäten der Gemeinde Däniken, andererseits mit zwei Personen, die in der regionalen Opposition gegen das AKW-Projekt engagiert waren. Werner Brühlmeier war von 1965 bis 1985 Mitglied des Däniker Gemeinderats und darüber hinaus von 1969 bis 1977 Mitglied der Gemeinderatskommission, des vorbereitenden Ausschusses des Gemeinderats. Im Gemeinderat war Brühlmeier zuständig für das Ressort Bauwesen, zudem bekleidete er in den 1970er-Jahren während mehrerer Jahre den Posten des Baupräsidenten der Gemeinde Däniken. Beruflich war er als leitender Angestellter in der Maschinenindustrie tätig. René Selig, das zweite Gemeinderatsmitglied mit dem ein Interview geführt wurde, trat 1969 in den Gemeinderat ein und blieb dort bis 1981. Er wurde 1973 ebenfalls Mitglied der Gemeinderatskommission. Selig hatte ein Ingenieursstudium in Kraftwerkstechnik absolviert und verfügte über Berufserfahrung im Bereich der konventionellen thermischen Kraftwerke. Ab Herbst 1973 war er bei der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) angestellt und arbeitete dort bis zu seiner Pensionierung als leitender Angestellter. Auf Grund seines fachlichen Hintergrunds wurde Selig vom Gemeinderat als Vertreter der Gemeinde in die Eidgenössische Kühlturmkommission delegiert, die zu Beginn der 1970er-Jahre einen Bericht über die Auswirkungen der Kühltürme auf die Umwelt erarbeiten musste.

Elisabeth Marrer war Ende des Jahres 1972 Mitglied der Einsprachegruppe «Pro Niederamt», die eine Einsprache gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen einreichte. Sie engagierte sich auch in der Koordinationsgruppe der wenig später gegründe-

[4] Die verwendeten Fragelisten und die Transkriptionen der geführten Interviews sind im Anhang der Arbeit zu finden.

ten «Aktion Pro Niederamt», bis diese Ende 1973 ihre Tätigkeit einstellte. Frau Marrer war Mutter und Hausfrau und arbeitete im Elektrogerätegeschäft ihres Mannes mit. Von 1973 bis 1977 sass sie für den Landesring der Unabhängigen (LdU) im Solothurner Kantonsrat, der Legislative des Kantons Solothurn. Hans Bühlmann war ebenfalls Kantonsrat, er vertrat von 1965 bis 1973 die Christlichdemokratische Partei. Daneben war er Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Schönenwerd, der sich gegen das geplante AKW zur Wehr setzte. Bühlmann war Präsident des Patronatskomitees der Aktion Pro Niederamt. Vor seiner Pensionierung waltete er als Direktor einer Maschinenbaufirma.

Den Gesprächen wurden Uwe Flicks Überlegungen zum Narrativen Interview zugrunde gelegt.[5] Eine offen gestellte einleitende Frage zur persönlichen Biographie soll den Redefluss in Gang bringen, wobei der Interviewende die Gesprächspartner bis zum Ende ihrer Ausführungen nicht unterbricht. Nach Abschluss der Ausführungen ist es in einer zweiten Phase möglich konkretisierende Fragen zu stellen und damit Aspekte der Fragestellung, die dem Interviewenden noch zu wenig ausgeführt wurden, zu vertiefen. In einer dritten Phase findet dann eine Bilanzierung statt, die den Abschluss des Gesprächs einleitet. Die Methode baut auf der Annahme auf, dass die befragten Personen über die Kompetenz zur Strukturierung einer Erzählung verfügen und dadurch ihre Erinnerungen strukturiert wiedergeben können. Durch den ungestörten Redefluss können die Interviewten einerseits selber bestimmen, auf welche Aspekte der angesprochenen Thematik sie in welchem Ausmass eingehen wollen. Dadurch ergibt sich eine Gewichtung der Erlebnisse nach der subjektiven Wahrnehmung der Befragten.

Auf der anderen Seite muss die befragte Person in ihren Ausführungen gewisse Zusammenhänge, die nicht direkt mit der Fragestellung zu tun haben, erläutern, um die komplexen Ausführungen verständlich zu machen. Dadurch werden auch Informationen weitergegeben, nach denen der Interviewende nicht konkret hätte fragen können, weil er nichts von ihrer Existenz wusste. Ein Nachteil dieser Methode liegt darin, dass die Ausführungen der Befragten wenig stark beeinflusst werden können. Ein Abdriften in Themenbereiche, die für die Untersuchung nicht relevant sind, ist schwierig zu verhindern. Ausserdem fällt je nach Redseligkeit der befragten Person sehr viel Interviewmaterial an, das verarbeitet werden muss.

[5] Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck b. Hamburg 2007, 228 ff.

Die für die vorliegende Arbeit geführten Interviews waren denn auch unterschiedlich ergiebig. So konnte beispielsweise im Interview mit Hans Bühlmann, der von zwei der anderen Interviewten als führender Exponent des Widerstands genannt worden war, wenig über die Opposition gegen das geplante AKW herausgefunden werden. Bühlmann, der gemäss den untersuchten Inseraten der «Aktion Pro Niederamt» Präsident des Patronatskomitees war, gab an, keine Verbindungen zur Pro Niederamt gehabt zu haben. Auch an die entsprechenden Verhandlungen im Solothurner Kantonsrat und im Schönenwerder Gemeinderat konnte er sich nicht mehr erinnern. Er betonte, dass er heute ein Befürworter der Atomenergie sei. Im Gegensatz dazu waren die Ausführungen von Werner Brühlmeier sehr detailliert und ausführlich und insbesondere auch in Bezug auf die Jahreszahlen erstaunlich genau. Das mehrstündige Interview brachte aber dadurch einen umso höheren Bearbeitungsaufwand mit sich.

Die geführten Gespräche wurden entweder digital oder mit Tonband aufgenommen und anschliessend transkribiert, wobei eine Übersetzung der Gespräche in Standardsprache erfolgte. Danach wurden die einzelnen Aussagen aus den drei ergiebigen Interviews in einer Tabelle thematisch erfasst, sortiert und zusammengefügt. Dadurch ergab sich eine erste Übersicht über die verschiedenen Aspekte des zu untersuchenden Feldes. Insbesondere kristallisierten sich durch die Interviews auch einige Aspekte heraus, die für das Verständnis der Ereignisse grundlegend waren. So war beispielsweise in verschiedenen Gesprächen die Rede von weiteren Grossprojekten, welche die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegraphenbetriebe (PTT) und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) in den 1960er- und 1970er-Jahren in Däniken realisieren wollten und die den Gemeinderat stark beschäftigten. Wie sich später noch zeigen wird, kann die Haltung des Däniker Gemeinderats gegenüber dem AKW-Projekt nur im Zusammenhang mit diesen weiteren Grossprojekten verstanden werden. Dieser Umstand wurde nicht zuletzt dank der Interviews erkannt. Die Interviews dienten somit weniger dem Sammeln von Fakten, sondern waren vielmehr wertvoll für das Gewinnen eines Überblicks und das Herausarbeiten der zentralen Aspekte des zu untersuchenden Themengebiets. Mit Hilfe der Informationen aus den Interviews wurde einerseits ein Interpretationsrahmen für die Analyse der schriftlichen Quellen geschaffen, andererseits konnten sie während dieser Analyse immer wieder zur Erhärtung neuer Thesen hinzugezogen werden.

1.3.2. Schriftliche Quellen

Die Aufarbeitung der einzelnen Aspekte der Thematik machte die Konsultation verschiedener Quellenbestände nötig. Verwendet wurden Dokumente aus dem Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel, dem Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich, der Schweizerischen Nationalbibliothek in Bern, dem Däniker Gemeindearchiv, dem Staatsarchiv Solothurn sowie aus privaten Beständen.

Die Darstellung der im zweiten Kapitel umrissenen politischen Vorgeschichte des AKW-Projekts stützt sich im Wesentlichen auf die Akten des Baudepartements des Kantons Solothurn aus dem Staatsarchiv. Diese wurden auf Grund der abgelaufenen Schutzfrist von dreissig Jahren zugänglich gemacht. Der noch unerschlossene Aktenberg umfasst unter anderem Protokolle verschiedener politischer Sitzungen der kantonalen Behörde auf Bundesebene und mit Gemeindevertretern, ausserdem sind zahlreiche Aktennotizen und die Korrespondenz zwischen der Solothurner Regierung, den kantonalen Departementen und der Bauherrschaft erhalten. Diese Unterlagen gaben einen facettenreichen Einblick in das Seilziehen um das Kernkraftwerk Gösgen auf politischer Ebene. Die Projektgeschichte wurde dann in erster Linie mit Publikationen der Bauherrschaft rekonstruiert. Im Rahmen des Lobbyings und der Öffentlichkeitsarbeit wurden verschiedene Broschüren herausgegeben, die über unterschiedliche Aspekte des Projekts informieren. Diese Broschüren sind genauso wie die Geschäftsberichte der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG in der Sammlung des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs in Basel zu finden. Zur Aufarbeitung der technischen Aspekte des Projekts schien die Verwendung dieser Unterlagen unproblematisch, bei politisch geprägten Aspekten wie dem Standortentscheid und dem Bewilligungsverfahren wurde hingegen zusätzlich auf die Aktenbestände des Solothurner Staatsarchivs zurückgegriffen.

Für die Untersuchung der Tätigkeit der Däniker Gemeindebehörden wurde vorwiegend mit den Archivbeständen der Gemeinde Däniken gearbeitet. Ergänzend wurde die Korrespondenz in den Akten des Solothurner Baudepartements verwendet, die im Staatsarchiv Solothurn lagern. Aus dem Archiv der Einwohnergemeinde Däniken wurden die Gemeinderats- und Gemeinderatskommissionsprotokolle der Jahre 1965 bis 1975 sowie die Gemeindeversammlungsprotokolle von 1969 bis 1990 systematisch untersucht. Ereignisbezogen wurden auch die Protokolle der Baukommission hinzugezogen, insbesondere im Zusammenhang mit der Behandlung der Einsprachen

gegen das Baugesuch für das Atomkraftwerk. Ansonsten wurde zur Einschränkung der Quellen auf eine detaillierte Auswertung der Baukommissionsprotokolle verzichtet. Da die zentralen Entscheide der Baukommission ohnehin zusammen oder in Absprache mit dem Gemeinderat gefällt wurden, scheint diese Auslassung zulässig. Von den Sitzungen des Gemeinderats und der Baukommission bestehen Verhandlungsprotokolle, aus denen auch die Redebeiträge einzelner Rats- oder Kommissionsmitglieder ersichtlich werden. Zwar sind die Protokolle stellenweise zusammenfassend und in knapper und holpriger Sprache gehalten. Die protokollierten Meinungsäusserungen liegen also nicht im originalen Wortlaut der Sprechenden vor, sondern sind sprachlich mit Sicherheit von den Verfassern geprägt. Insbesondere bei den Gemeinderatsprotokollen deutet aber die Struktur darauf hin, dass die Wortmeldungen der Ratsmitglieder teilweise in Zitatform festgehalten wurden, auch wenn keine entsprechende typographische Markierung mit Anführungs- und Schlussstrichen erfolgte. Beim Protokollieren von Diskussionen wurden oft die Namen der Sprechenden und nach einem Doppelpunkt ihr Redebeitrag festgehalten. Auffälligerweise werden hierbei die direkte und die indirekte Rede vermischt.

Es ist daher davon auszugehen, dass die Protokollführer nicht nur den Inhalt der Wortmeldungen festgehalten haben, sondern darüber hinaus auch markante Formulierungen der Sprechenden übernommen haben. Beim Zitieren der Protokolle werden solche Textstellen daher als Zitate der entsprechenden Gemeinderatsmitglieder gewertet. Beschlüsse und Verlautbarungen des Gemeinderats werden hingegen dem gesamten Rat zugeordnet, der in diesen Fällen als Handlungseinheit dargestellt wird. Dies geschieht auch dann, wenn beispielsweise versucht wird, die Haltung des Gemeinderats zum AKW-Projekt darzustellen.

Wichtige Einblicke in die Arbeit der Däniker Gemeindebehörden gaben neben den Protokollen die Akten des Däniker Gemeinde- und des Bauverwalters zum AKW-Projekt, darunter unter anderem auch Veröffentlichungen und Medienmitteilungen der Gemeinde. Zum Bau des Kernkraftwerks Gösgen sind im Archiv der Gemeinde Däniken mehrere Bundesordner und lose Akten vorhanden, wobei die Unterlagen unsystematisch abgelegt sind und für die Archivierung nie speziell aufbereitet wurden. Gemäss dem Informations- und Datenschutzgesetz des Kantons Solothurn unterliegen amtliche Dokumente einer Schutzfrist von dreissig Jahren, auf Grund schützenswerter

privater oder wichtiger öffentlicher Interessen kann jedoch auch darüber hinaus eine eingeschränkte Zugänglichkeit verfügt werden.[6] Im Fall der AKW-Akten der Gemeinde Däniken war deshalb ein Gesuch um Einsicht an den Gemeinderat und die Baukommission nötig. Mit Datum vom 10. Juli 2008 verfügten die beiden Behörden für die Untersuchungen im Rahmen der vorliegenden Lizentiatsarbeit eine Erlaubnis zur Akteneinsicht unter verschiedenen Auflagen. Frei zugänglich waren lediglich die Gemeindeversammlungsprotokolle und die Exemplare der Dorfzeitschrift «Däniker Spate». Letztere wurden von ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1974 bis zum Jahr 1980 untersucht. Einerseits interessierte, inwiefern die Publikation von den Befürwortern des AKW-Projekts als Plattform zur Förderung des Projekts genutzt wurde, andererseits wurde nach Hinweisen auf Konflikte in der Dorfgemeinschaft gesucht.

Zur Rekonstruktion der im Untersuchungszeitraum vorhandenen Argumente und Ängste der regionalen Bevölkerung wurde auf die 35 Einspracheschriften gegen das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen, die im Dezember 1972 eingereicht wurden, zurückgegriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Einsprechenden möglichst dick auftrugen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, und so alle verfügbaren Argumente gegen das Atomkraftwerk angeführt wurden. Die Einspracheschriften geben daher einen verlässlichen Überblick über die damals in die Diskussion eingeführten Argumente. Gleichzeitig ist aus demselben Grund zumindest bei einem Teil der Einspracheschriften fraglich, ob sie auch die tatsächlich vorhandenen Ängste der Einsprechenden wiedergeben. Die Erwähnung eines Arguments in den Einsprachefristen ist also nicht zwingend ein Beleg dafür, dass der Einsprechende auch selber an die Gültigkeit dieses Arguments glaubte.

Bei der Darstellung der regionalen Widerstandsvereinigung «Aktion Pro Niederamt» stützt sich die vorliegende Arbeit in erster Linie auf verschiedene Veröffentlichungen der Organisation. Im Niederämter Anzeiger, dem amtlichen Publikationsorgan der Region Niederamt, wurden insgesamt zehn Inserate der Pro Niederamt gefunden, die zwischen Dezember 1972 und Oktober 1973 publiziert worden waren. Vor allem zu Beginn sind die Inserate stark programmatisch geprägt und geben einen Einblick in die Forderungen und Argumente der Pro Niederamt. Die Eindrücke aus den Inseraten wurden ergänzt durch die Einsprache der Einsprachegruppe Pro Nie-

[6] Kanton Solothurn, InfoDG §13, Abs. 2.

deramt gegen das Baugesuch und durch ihre Informationsschrift, die im März 1973 in der ganzen Region verteilt wurde. Das Kapitel über die Pro Niederamt greift ausserdem stärker als andere Teile der Arbeit auf Informationen aus den Interviews zurück. Eine weitere Quelle für Hinweise auf die Aktivitäten der Opposition in der Region wären Leserbriefe in der regionalen Presse sowie die Berichterstattung über Veranstaltungen der Pro Niederamt gewesen. Die Untersuchung der Leserbriefe hätte das Quellenfeld allerdings ungemein vergrössert und wäre im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu bewältigen gewesen. Deshalb wurde auf diese Option verzichtet. Aus demselben Grund wurde auch auf eine Untersuchung der Presseberichterstattung verzichtet, auch wenn die Berichte über die Aktivitäten der Pro Niederamt möglicherweise die vorhandenen Unklarheiten bezüglich des Ablaufs der Veranstaltungen hätten ausräumen können.

1.4. Sprachliche Aspekte

An dieser Stelle wird kurz auf einige terminologische Aspekte eingegangen. Bei der Auseinandersetzung mit dem untersuchten Themenbereich stellt sich dem Historiker die Frage nach dem Gebrauch ideologisch aufgeladener Begriffe wie «Atomenergie» oder «Kernenergie», deren Verwendung oftmals von politischen Einstellungen der Technologie gegenüber geprägt ist. Während in Kreisen der Befürworter und im wissenschaftlichen Kontext seit Beginn der 1970er-Jahre vorwiegend die «Kern»-Komposita zum Einsatz kommen, deuten die Verwendung der «Atom»-Komposita eher auf eine Ablehnung der Technologie hin.[7] Kupper weist jedoch darauf hin, dass auch wissenschaftliche Kapazitäten wie etwa Paul Scherrer lange Jahre in der Öffentlichkeit von Atomenergie sprachen. Die sprachliche Unterscheidung zwischen «Atomkraftwerk» und «Kernkraftwerk» scheint sich erst im Laufe der 1970er-Jahre etabliert zu haben. In den Protokollen des Gemeinderats Däniken, der dem Projekt Gösgen durchaus wohlgesinnt war, war noch Ende der 1960er-Jahre ausschliesslich von «Atomkraftwerken» die Rede. Ab Mitte des Jahres 1970 wurden dann beide Begriffe synonym verwendet,[8] bevor sich der Begriff «Kernkraftwerk» in den Protokollen ab 1973 durch-

[7] Kupper, Patrick: Abschied von Wachstum und Fortschritt. Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz (1960–1975), in: Preprints zur Kulturgeschichte der Technik 2 (1998), 1–141, hier 15.

[8] Erste Verwendung des Begriffs «Kernkraftwerk» in einem Gemeinderatsprotokoll: 8.6.1970. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 8.6.1970.

setzte und im Däniker Gemeinderat nur noch die «Kern»-Komposita verwendet wurden.[9] Die dritte Variante wäre die erst später aufgekommene Bezeichnung «nukleares Kraftwerk».

In der vorliegenden Untersuchung wird im Folgenden von «Atomenergie» und «Atomkraftwerk» gesprochen, da diese Terminologie im Alltagsgebrauch immer noch weiter verbreitet ist und zumindest in Teilen des untersuchten Zeitraums bei allen Beteiligten vorherrschend war. Begriffe wie «Kernkraftwerk» kommen bei Zitaten oder bei dem als Eigenname gewerteten Ausdruck «Kernkraftwerk Gösgen» zum Einsatz. Eine politisch motivierte Verwendung der Begrifflichkeiten in den nachfolgenden Ausführungen wird hiermit ausdrücklich ausgeschlossen.

2. Atomenergienutzung in der Schweiz: via Lucens nach Gösgen

2.1. Einstieg in die Nutzung der Atomenergie

2.1.1. Förderungspolitik des Bundes

Die Anfänge der Nutzung der Atomenergie in der Schweiz reichen in das Jahr 1945 zurück. Damals beauftragte der Bundesrat eine «Studienkommission für Atomenergie» (SKA) mit der Erforschung der Möglichkeiten der neuartigen Technologie. Die Kommission nahm unter dem Vorsitz des Physikprofessors Paul Scherrer im November 1945 ihre Arbeit auf. Ausgerüstet mit beachtlichen finanziellen Mitteln förderte die SKA in den folgenden Jahrzehnten verschiedene Projekte zur Erforschung der Atomenergie an Universitäten und Hochschulen. Daneben war ihre Arbeit geprägt von den Bemühungen in den Besitz von Uran zu gelangen, das für die Forschungsprojekte dringend benötigt wurde.[10] Das erklärte Ziel war es, dem Einstieg der Schweiz ins Atomzeitalter den Weg zu bereiten.

Das Engagement der Eidgenossenschaft zu Gunsten einer zivilen Atomenergienutzung beschränkte sich aber nicht nur auf eine finanzielle Wissenschaftsförderung. Parallel dazu wurden in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre gesetzliche Grundlagen geschaffen, die dem Einstieg der Schweizer Elektrizitätsgesellschaften in die

[9] Letzte Verwendung des Begriffs «Atomkraftwerk» in einem Gemeinderatsprotokoll: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 1. 2. 1973. Es liegen Berichte vor, wonach man noch in den 1980er-Jahren im Gespräch mit alteingesessenen Dänikern bei der Verwendung des Begriffs «Atomkraftwerk» korrigiert worden sei.

[10] Kupper, Patrick: Sonderfall Atomenergie. Die Bundesstaatliche Atompolitik 1945–1970, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 53 (2003), 87–93, hier 88.